

INTERVIEW

EU-Skeptiker Bertschi: «Firmen, die Mitarbeiter aus dem Ausland rekrutieren, sollen eine Abgabe zahlen»

Die Schweiz müsse mit Brüssel über eine Zuwanderungsbremse reden, sagt Hans-Jörg Bertschi, Co-Präsident der Vereinigung Autonomiesuisse. Der Neuanlauf mit der EU ende in einem Scherbenhaufen, wenn Bern demokratiepolitische Fragen nicht anspreche.

Tobias Gafafer

29 Kommentare →

15.01.2023, 16.55 Uhr



In der Europapolitik bestehe die Gefahr eines Schnellschusses, sagt der Unternehmer Hans-Jörg Bertschi, Co-Präsident von Autonomiesuisse.

Britta Gut / CHM

Herr Bertschi, Sie bringen sich als international tätiger Unternehmer kritisch in der Europapolitik ein. Warum?

Am Anfang stand das Rahmenabkommen mit der EU. Mich und Hans-Peter Zehnder störte, wie einseitig der Vertragsentwurf war. Bald gesellten sich weitere Unternehmer dazu. Schweizer Familienunternehmen denken langfristig, während sich Grosskonzerne eher kurzfristig ausrichten. Wir wollen unsere Firmen auch in der nächsten Generation von hier aus betreiben. Eine zu weit gehende institutionelle Anbindung an die EU würde das Erfolgsmodell der Schweiz aufs Spiel setzen. Ein geregeltes Verhältnis zur EU ist wichtig. Aber das Wirtschaftswachstum wird in den nächsten 20 Jahren gemäss Prognosen der OECD zu 90 Prozent ausserhalb Europas erfolgen. Das dürfen wir nicht ausblenden.

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat gezeigt, welches Risiko autoritäre Herrscher darstellen. Bleibt China für Europa wirtschaftlich so wichtig, wie es heute der Fall ist?

Auch Kunden von uns versuchen zusehends, sich zu diversifizieren, damit sie nicht zu stark von China abhängig werden. Von diesen Bestrebungen profitieren Indien, Vietnam, Malaysia, Thailand und Indonesien. Der grösste Teil des Wirtschaftswachstums wird weiterhin in Asien stattfinden. Das Wachstum in den Zielmärkten und innovative Produkte sind wichtiger als Marktzugangsverträge. Die Bilateralen sind ein Erfolgsmodell. Aber die Exporte in die USA sind mehr als doppelt so stark gestiegen wie jene nach Deutschland, seit die Verträge mit der EU bestehen. Und mit den USA haben wir nicht einmal ein Freihandelsabkommen abgeschlossen.

Sie sind auch in der EU tätig. Welches Bild haben Sie von dieser?

Ich habe in der EU über 20 Tochterfirmen gegründet. Wir beschäftigen die Hälfte unserer weltweit tätigen Mitarbeitenden in den EU-Staaten. Dort herrscht oft eine grosse Bürokratie, die viel Aufwand verursacht und Anpassungen an Marktveränderungen behindert. Um die Wirtschaftsfreiheit ist es in der Schweiz viel besser bestellt. Diese belegt in Rankings den ersten Platz in Europa. Die grossen EU-Staaten, die heute tonangebend sind, schneiden schlecht ab. Das sagt einiges über die Probleme aus, die sich bei einer zu starken Anbindung an die EU ergeben würden.

Die SVP will keine Anbindung an die EU, sondern arbeitet an einer neuen Initiative, die notfalls die Personenfreizügigkeit beenden will. Wie stehen Sie dazu?

Die Schweiz ist 2022 mit der Zuwanderung aus der EU, den Schutzsuchenden aus der Ukraine und Asylbewerbern um rund 200 000 Personen gewachsen. Das entspricht der Einwohnerzahl des Kantons Basel-Stadt. Trotzdem ist der Fachkräftemangel so gross, wie es in den letzten 20 Jahre nie der Fall war. Das zeigt, dass es Grenzen des Bevölkerungswachstums gibt, etwa bei der Infrastruktur oder den Land- und Immobilienpreisen. Die Schweiz muss prüfen, ob sie die Zuwanderung anders steuern kann.

Mit der Personenfreizügigkeit wird die Zuwanderung primär über den Arbeitsmarkt gesteuert.

Ja, die Unternehmen profitieren, weil sie einfach Arbeitnehmer rekrutieren können. Deshalb finden wir, dass die Wirtschaft einen Beitrag leisten soll, damit mehr Bahnlinien, Strassen und Schulhäuser gebaut werden können. Firmen, die Mitarbeiter aus dem Ausland rekrutieren, sollen eine Abgabe zahlen.

Eine Zuwanderungsabgabe wäre kaum mit der Personenfreizügigkeit vereinbar, weil Arbeitnehmende aus der EU diskriminiert würden.

Es ist klar, dass die Forderung politischen Sprengstoff birgt. Eine Rückkehr zu Kontingenten wäre falsch und nicht mit der Personenfreizügigkeit vereinbar. Aber die Schweiz muss die Zuwanderung irgendwie kanalisieren und zielgerichteter gestalten. Sie sollte in die Gespräche mit der EU eine Zuwanderungsbremse in Form einer pauschalen Infrastrukturabgabe einbringen.

Die Schweiz sondiert mit der EU, ob neue Verhandlungen über die institutionellen Fragen möglich sind. Aussenminister Ignazio Cassis sieht eine positive Dynamik, während Sie vor einem Schnellschuss warnen. Misstrauen Sie ihm?

Die Gefahr eines Schnellschusses besteht. EU-freundliche Kräfte üben Druck aus, damit der Bundesrat vorwärtsmacht. Das wäre ein Fehler. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Das Risiko, dass der Neuanlauf in einem Scherbenhaufen endet, ist gross. Mich erstaunt, dass der Bundesrat im Europabericht die heiklen innenpolitischen Fragen nicht einmal erwähnt.

Welche Fragen meinen Sie? Der Bundesrat strebt offenbar vor allem weitergehende Garantien rund um die Personenfreizügigkeit an.

Die institutionelle Anbindung an die EU darf nicht so weit gehen, dass die direkte Demokratie und der Föderalismus ausgehebelt werden. Wir stellen uns nicht grundsätzlich gegen eine dynamische Rechtsübernahme. Von einigen Ausnahmen abgesehen hat sich diese in den Abkommen von Schengen und über den Luftverkehr bewährt. Wir sehen die Notwendigkeit, der EU in diesem Bereich entgegenzukommen. Aber es braucht einen fairen Mechanismus, um eine Rechtsübernahme abzulehnen.

Was meinen Sie damit?

Wenn das Parlament oder das Stimmvolk in wenigen, aber heiklen Fällen eine Rechtsübernahme ablehnen, muss ein Opting-Out möglich sein – ohne dass zuvor eine vorläufige Anwendung erfolgt. Ausgleichsmassnahmen, die die EU bei einer Nichtübernahme ergreifen kann, müssen sich auf den Vertrag beschränken, um den es geht. Zudem sollten die Massnahmen monetärer Natur sein, wie es auch im WTO-Recht üblich ist. Es darf nicht sein, dass bei jeder wichtigen Volksabstimmung die Zukunft der Bilateralen auf dem Spiel steht. So verkommt die direkte Demokratie zur Farce.

Das gescheiterte Rahmenabkommen sah eine Lösung vor, wie sie Ihnen vorschwebt: Ein unabhängiges Schiedsgericht hätte beurteilt, ob eine

Ausgleichsmassnahme verhältnismässig ist, wenn die Schweiz eine Rechtsübernahme ablehnt.

Dieser Mechanismus wäre in Ordnung. Aber das Kernproblem der institutionellen Regelung war und ist die eigentliche juristische Streitbeilegung. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) würde einen für das Schiedsgericht bindenden Entscheid fällen, wenn es um Binnenmarktrecht geht – also fast immer. Es darf nicht sein, dass die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei ausgeliefert ist. Hier braucht es eine Lösung auf Augenhöhe.

Aussenminister Cassis sagt, es sei unrealistisch, eine ganz andere Lösung zu erwarten.

Eine andere Lösung ist nicht einfach zu erreichen, und das braucht Zeit. Aber die Schweiz ist auch nicht unter Druck. Sie steht wirtschaftlich und gesellschaftlich wesentlich stabiler und resilienter da als die EU. Verhandlungen im Schnellzugstempo schwächen unsere Position.

Eine Alternative wäre das Andocken an die Efta-Institutionen des Europäischen Wirtschaftsraums EWR. Könnten Sie damit leben?

Am saubersten wäre es, wenn im Streitfall das Bundesgericht und der EuGH eine Auslegung abgeben und ein unabhängiges Schiedsgericht entscheidet. Im Gegensatz zu unseren Gerichten hat der EuGH auch eine politische Funktion, weil er die Aufgabe hat, mit seinen Urteilen den Binnenmarkt zu vertiefen. Da hätte die Schweiz kaum Chancen auf einen fairen Entscheid. Die Streitbeilegung darf nicht einseitig durch den EuGH dominiert sein.

Grossbritannien hat mit der EU ein reines Freihandelsabkommen abgeschlossen, das ein unabhängiges Schiedsgericht vorsieht. Wenn die Schweiz partiell Zugang zum Binnenmarkt will, wird das jedoch kaum funktionieren.

Eine Lösung mit einem neutralen Schiedsgericht auf Augenhöhe wäre fair.

Die Schweiz als Nichtmitglied will Zugang zum Binnenmarkt eines Blocks von 27 Staaten mit 450 Millionen Einwohnern. Ist da eine Lösung auf Augenhöhe realistisch?

Die EU hat auch Zugang zu unserem Markt. Sie erzielt im Handel mit der Schweiz einen Milliardenüberschuss. Wir dürfen unsere Standortvorteile nicht leichtfertig aus der Hand geben. Es ist kurzfristig, sich in den Gesprächen mit der EU nur auf Ausnahmen für zwei berechnete Fragen um die Personenfreizügigkeit, den Lohnschutz und die Einwanderung in den Sozialstaat, zu fokussieren. Wir wissen nicht, welche neuen Regulierungen in den nächsten 20 Jahren von der EU auf uns zukommen. Deshalb

brauchen wir für künftige Fälle eine Streitbeilegung, die neben den Interessen der EU auch diejenigen der Schweiz berücksichtigt.

Sie warnen davor, dass das Freihandelsabkommen Teil einer institutionellen Lösung mit der EU wird. Weshalb?

Das Freihandelsabkommen wäre eine Auffangebene, falls die Bilateralen einmal scheitern sollten. Es darf nicht Teil einer institutionellen Paketlösung werden, wie es die EU anstrebt. Dafür gibt es auch sachlich keinen Grund.

Statt die institutionellen Fragen zu lösen, könnte die Schweiz mit der EU ein modernisiertes Freihandelsabkommen anstreben. Wäre das eine Alternative?

Das wäre eine mögliche Alternative für den Fall, dass Verhandlungen scheitern sollten. Der Bundesrat sollte sich aber darauf konzentrieren, den bilateralen Weg fortzusetzen und die Sondierungen mit der EU voranzutreiben. Dabei sind die demokratiepolitisch heiklen Punkte anzusprechen und die Erwartungen der Schweiz zu kommunizieren. Zudem sollte der Bundesrat unsere Stärken in die Waagschale werfen. Wir sind das innovativste Land der Welt. Die EU profitiert bei Handel, Dienstleistungen, Investitionen und Jobs für ihre Bürger mehr von uns als umgekehrt. Das heisst allerdings wohl auch, dass eine Einigung erst mit einer neuen EU-Kommission ab 2025 möglich ist.

Globaler Aargauer Logistiker

Hans-Jörg Bertschi (65) ist der Verwaltungsratspräsident der Bertschi AG, einer Familienfirma mit rund 3000 Angestellten, die in der Chemielogistik tätig ist. Das Unternehmen ist auf den kombinierten Verkehr mit der Bahn, der Strasse und mit Schiffen spezialisiert. Der Aargauer ist einer der Co-Präsidenten der Vereinigung Autonomiesuisse, die sich gegen das Rahmenabkommen mit der EU einsetzte. Die Organisation hat über 750 Mitglieder. Darunter sind aktive Unternehmer wie Giorgio Behr oder Peter Spuhler, aber auch Rentner. (gaf)
